

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

18. WP - 11. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Januar 2013, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Eichstädt (SDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Gitta Trauernicht (SPD)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Kinderschutz in Schleswig-Holstein | 5 |
| Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/571 (neu) | |
| 2. Bericht des Sozialministeriums zur Situation der Frauenhäuser mit besonderem Schwerpunkt hinsichtlich inhaltlicher Konzepte und finanzieller Ausstattung der beiden für 2013 geplanten Modellvorhaben in Lübeck und Wedel | 7 |
| Antrag des Abg. Wolfgang Dudda (PIRATEN) Umdruck 18/437 | |
| 3. Duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein ermöglichen | 10 |
| Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN Drucksache 18/374 (neu) | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/412 - selbstständig - | |
| 4. Chronisch kranken Kindern helfen - Kinderrehabilitation stärken! | 11 |
| Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/380 | |
| 5. Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“ | 12 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 18/353 | |
| 6. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2012 - Europabericht 2012 - | 13 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 18/360 | |

7. Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ 14

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom
30. November 2012

[Umdruck 18/458](#)

8. Verschiedenes 15

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Kinderschutz in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/571](#) (neu)

hierzu: [Umdruck 18/660](#)

Der Vorsitzende bezieht sich auf den Antrag der Koalition, [Umdruck 18/571](#) (neu), und legt dar, der Wissenschaftliche Dienst des Landtages habe darauf hingewiesen, die Punkte 3 und 4 beinhalteten eine direkte Aufforderung des Fachausschusses an die Landesregierung. Der Ausschuss habe zwar das Recht, sich im Rahmen seines Selbstbefassungsrechts mit Themen zu beschäftigen, nicht aber, Aufforderungen nach außen auszusprechen. Er schlage daher vor, dem Landtag zu empfehlen, die Punkte 3 und 4 zu beschließen. - Abg. Baasch erklärt, die Anregung des Wissenschaftlichen Dienstes aufzunehmen. Die Koalition sei auch bereit, den Antrag in der von der CDU-Fraktion beantragten Weise, [Umdruck 18/660](#), zu ändern. - Abg. Rathje-Hoffmann stimmt dem Verfahren ebenfalls zu.

Abg. Klahn möchte wissen, was konkret damit gemeint sei, die Kinderschutzaktivitäten strukturell bei den Jugendämtern stärken zu wollen. Sie bezieht sich sodann auf Punkt 4 des vorliegenden Antrags und möchte wissen, ob dies nicht Bestandteil des nächsten Kinderschutzberichtes sei, sowie, wann dieser vorliegen werde. - Der Vorsitzende stellt klar, dass sich die unter Punkt 2 geplante Anhörung inhaltlich auf Punkt 1 beziehe.

Frau Dr. Burchardt, Mitarbeiterin im Referat Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Familie und im sozialen Nahbereich im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, bezieht sich auf die Berichterstattung zum Kinderschutz und führt aus, die Berichterstattung solle unter verschiedenen Schwerpunkten erfolgen. Der nächste Teilbericht habe den Schwerpunkt Frühe Hilfen. Darin würden die Dinge aufgeführt, die seit 2009 in diesem Handlungsfeld vorangebracht worden seien, insbesondere auch durch die Bundesinitiative Frühe Hilfen. In der Kürze der Zeit sei es nicht möglich, die hier in dem Antrag aufgelisteten Bereiche in Gänze in diesen Teilbericht aufzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig im Wege des Selbstbefassungsrechtes die Annahme der Punkte 3 und 4 aus [Umdruck 18/571](#) (neu), ergänzt durch die Formulierung aus [Umdruck 18/660](#).

Ebenfalls einstimmig nimmt der Ausschuss die Punkte 1 und 2 des Antrags an. Er kommt überein, zunächst schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 25. Januar 2013 benannt werden. die Anhörungsfrist beträgt sechs Wochen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Sozialministeriums zur Situation der Frauenhäuser mit besonderem Schwerpunkt hinsichtlich inhaltlicher Konzepte und finanzieller Ausstattung der beiden für 2013 geplanten Modellvorhaben in Lübeck und Wedel

Antrag des Abg. Wolfgang Dudda (PIRATEN)

[Umdruck 18/437](#)

Ministerin Alheit weist darauf hin, dass für 2013 wieder mehr Gelder für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen zur Verfügung stünden. Die Situation in Lübeck sei dramatisch; das Frauenhaus in Wedel arbeite in 2012 auf Spendenbasis, solle aber wieder institutionelle Förderung erhalten.

Im August 2012 sei auf Bundesebene ein Gutachten über die Arbeit von Frauenhäusern vorgelegt worden, aus dem hervorgehe, dass Schleswig-Holstein insgesamt gute Arbeit leiste, es aber auch Bereiche gebe, in denen eine qualitative Entwicklung möglich sei. Um diese Qualitätssicherung sicherzustellen, seien zunächst mit den eben genannten Frauenhäusern, dann aber auch mit allen anderen Häusern Gespräche über eine Weiterentwicklung der Konzeption geführt worden. Für Lübeck seien Überlegungen in Richtung Oranje Huis angestellt worden.

Nach der Schließung der beiden Frauenhäuser in der letzten Wahlperiode seien die Platzkostenzuschüsse erhöht worden. Diese Erhöhung solle - auch für die wieder neu zu eröffnenden Häuser - beibehalten werden.

Alle Frauenhäuser beschäftigten sich mit systemischen Überlegungen. Es gebe einige, die diesem Überlegungen positiv gegenüberstünden und eine qualitative Weiterentwicklung anstrebten. In der Diskussion seien beispielsweise das Modell Oranje Huis, ein Frauenhaus für psychisch besonders belastete Frauen und ein Frauenhaus für Frauen mit Migrationshintergrund.

Abg. Dr. Bohn begrüßt, dass die Landesregierung das Thema Frauenhaus aufgegriffen habe und eine dauerhafte Finanzierung plane. Sie erkundigt sich danach, ob beispielsweise bei dem Haus, das sich insbesondere Frauen mit psychischen Belastungen widmen wolle, ein entsprechender Mehrbedarf im Stellenplan berücksichtigt werde.

Ministerin Alheit erwidert, zunächst einmal gehe es darum, eine normale Finanzierung herbeizuführen, die nicht an Bedingungen geknüpft sei. Die in Rede stehende Spezialisierung sei ein Prozess, der gerade anlaufe. Man müsse sehen, ob es einen Bedarf gebe und welche Voraussetzungen notwendig seien. Zum Teil werde von den Frauenhäusern eine etwaige Spezialisierung auch kritisch gesehen; bei diesen stehe im Vordergrund, einen Rückzugsraum für Frauen zu schaffen. Voraussichtlich werde in den nächsten Jahren nicht mehr Geld für Frauenhäuser zur Verfügung stehen. Dessen ungeachtet wolle sie den Entwicklungsprozess anstoßen und weiterverfolgen.

Auf eine Frage der Abg. Rathje-Hoffmann antwortet Ministerin Alheit, die Idee der Weiterentwicklung des Frauenhauses in Lübeck hin zu einem Oranje Huis werde von der AWO entwickelt.

Abg. Rathje-Hoffmann legt dar, dass für die Finanzierung eines Oranje Huis mehr Mittel notwendig seien als bei einem normalen Frauenhaus, da es systemisch anders geführt werde und andere Formen von Beratung anbiete. Es handle sich dabei auch um ein öffentliches Frauenhaus. Notwendig sei also, Sicherheit zu gewährleisten und Sicherheitstechnik zu installieren. Ziel sei, Hilfsangebote für die ganze Familie zu bieten und daran zu arbeiten, viele Familien wieder zusammenzubringen. Das bedeute, dass Kontakt mit den Tätern hergestellt werde.

Ministerin Alheit legt dar, die Verfolgung des Konzepts Oranje Huis würde Umbaumaßnahmen nach sich ziehen sowie eine Trennung zwischen öffentlichem und nicht öffentlichem Bereich - je nach Notwendigkeit des Schutzbedürfnisses. Ungefähr 20 % der Frauen aus Frauenhäusern gingen zurück zu den Tätern. Bisher gebe es keine Angebote für diese Familien. Der systemische Ansatz sei hier, dass sich die Situation der Frauen dadurch ändere, dass man mit den Tätern zusammenarbeite. Das verursache Kosten. Allerdings müsse geprüft werden, ob dies automatisch Kosten des Frauenhauses seien. Wichtig sei eine Verzahnung mit anderen Bereichen. In Lübeck biete die AWO gute Möglichkeiten und Voraussetzungen, die verschiedenen Schutzstadien abzubilden.

Bei einer Besprechung mit Vertretern aller Frauenhäuser habe es durchaus unterschiedliche Auffassungen gegeben. So seien einige an neuen Ansätzen interessiert. Es sei aber auch die Auffassung vertreten worden, dass eine Täterarbeit nicht infrage komme. Auch für diesen Bereich gebe es sicherlich Bedarf. Im Laufe des nächsten Jahres müsse nun geklärt werden, ob mit dem vorhandenen finanziellen Mitteln eine Qualitätssicherung möglich sei.

Abg. Dudda vertritt die Auffassung, dass die Verfolgung eines Modells wie des Oranje Huis einen höheren Finanzierungsbedarf habe.

Ministerin Alheit legt dar, geplant sei, die Anzahl der Plätze wiederherzustellen, die vor der Schließung beiden Frauenhäusern vorhanden gewesen sei. Überprüft werden müsse, ob es innerhalb des klassischen Modells möglich sei, eine qualitative Weiterentwicklung vorzunehmen.

Von Abg. Dudda auf die Finanzierungsmodalitäten angesprochen, verweist Ministerin Alheit auf die Finanzierung über das FAG sowie die bestehenden Richtlinien. Ihr sei wichtig, die Finanzierung auf sichere und rechtlich saubere Beine zu stellen, eine gute Qualität zu sichern und eine Weiterentwicklung zu initiieren.

Abg. Baasch stellt fest, die Kommunen legten Wert darauf, dass nicht nur mit den kommunalen Landesverbänden, sondern auch mit den Kommunen selbst diskutiert werde. Er regt so dann an, dass sich der Ausschuss selbst über das Konzept des Oranje Huis informiert.

Auf Fragen der Abg. Klahn antwortet Ministerin Alheit wie folgt: Es sei nie im Gespräch gewesen, das Konzept Oranje Huis an zwei Standorten zu verfolgen. Die AWO interessiere sich dafür, dieses Konzept in Lübeck zu verwirklichen. Dort seien die Bedingungen dafür gut. Ein Oranje Huis sei kein öffentliches Haus, aber eines mit einem öffentlichen Bereich. Die Adresse sei nicht geheim. Deshalb müsse dafür ein abgestuftes Konzept vorgelegt werden. Die Frage, ob dies teurer sei, sei noch nicht beantwortet. Beachtet werden müsse auch, dass möglicherweise mit diesem neuen Konzept andere - kürzere - Verweilzeiten die Folge sein könnten. - Sie legt schildert die Situation bezüglich der Anzahl der Plätze in Schwarzenbek und Ahrensburg (siehe Auskunft in der 7. Sitzung des Sozialausschusses vom 6. Dezember 2012, S. 13 unten). Nach ihrer Kenntnis gebe es derzeit in der Bundesrepublik kein systemisches Frauenhaus. Dessen ungeachtet halte sie es für sinnvoll, die Anregungen aus dem Gutachten des Bundes aufzugreifen.

Abg. Rathje-Hoffmann stimmt dem der Anregung des Abg. Dudda zu, sich im Ausschuss näher über das Konzept Oranje Huis zu informieren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein ermöglichen

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN

[Drucksache 18/374](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/412](#) - selbstständig -

(überwiesen am 14. Dezember 2012)

Auf Anregung der Abg. Rathje-Hoffmann beschließt der Ausschuss einstimmig, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 25. Januar 2013 benannt werden. Als Anhörungsfrist werden sechs Wochen festgelegt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Chronisch kranken Kindern helfen - Kinderrehabilitation stärken!

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/380](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Annahme des Antrags [Drucksache 18/380](#).

Punkt 5 der Tagesordnung:

Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/353](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Abg. Baasch schlägt vor, den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis zu nehmen.

Sodann macht er folgende Anmerkungen zu dem Bericht:

- Er begrüßt, dass die Landesregierung dem Bündnis beigetreten ist, sowie die Tatsache, dass man ein Modellprojekt anonyme Bewerbung auf den Weg bringen möchte.
- Die Aufstellung eines Aktionsplans gegen Homophobie hält er für eine Notwendigkeit.
- Er weist darauf hin, dass im Rahmen der anstehenden zweiten Lesung des Haushalts vorgesehen sei, bei der Bürgerbeauftragten eine Stelle im Zusammenhang mit dem Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen.

Diese Punkte machten deutlich, dass man vor einer Aufgabe stehe, die in den nächsten Jahren bearbeitet werden müsse.

Abg. Rathje-Hoffmann erklärt, sie nehme die Bestandsaufnahme zur Kenntnis und sehe die Fragen, die gestellt worden seien, beantwortet. Der Bericht gebe Aufschluss über die Maßnahmen, die im Bereich der Diskriminierung erfolgten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte 2012 -
Europabericht 2012 -**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/360](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2012 an den **Europausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Abg. Klahn bittet um schriftlichen Bericht zu folgenden Themen beziehungsweise Fragen: beabsichtigte Schließung des Ostsee-Jugendbüros, Kofinanzierungsmittel der in dem Bericht erwähnten verschiedenen Projekte und Aufstellung der Kosten für diejenigen Projekte, die in dem Bericht nicht mit Zahlen unterlegt sind.

Sodann nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom
30. November 2012

[Umdruck 18/458](#)

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ zur Kenntnis und stellt den Fraktionen anheim, aus den Beschlüssen gegebenenfalls parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Jasper spricht den „Vernetzte Gesundheit“ an und erkundigt sich nach der Finanzierung und der Zukunft dieses Kongresses.

Ministerin Alheit sagt zu, dem Ausschuss eine Übersicht über die Finanzierung des Kongresses zuzuleiten. Es sei nicht beabsichtigt, die Gebühren zu senken. Allerdings werde jetzt überlegt, in welche Richtung dieser Kongress weiterentwickelt werde.

Abg. Baasch weist darauf hin, dass die Koalition die Durchführung von regionalen Konferenzen bevorzuge. Er könne sich daher vorstellen, dass der Kongress in dieser Form künftig regionalisiert stattfinde. Er geht auf die Kritik des Abg. Jasper ein, dass an dem Kongress kaum Abgeordnete teilgenommen hätten, und legt dar, dass es sich eher um einen berufsspezifischen und nicht um einen politischen Kongress handle.

Abg. Jasper weist darauf hin, dass der Kongress weit über die Landesgrenzen hinaus strahle, und regt eine Evaluierung an.

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 15:10 Uhr.

gez. Peter Eichstädt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin